

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Juni 2014

Inhalt

Neuigkeiten aus der COFACE	2
Abschlussveranstaltung Projekt #DeleteCyberbullying und neue App.....	2
Neuigkeiten aus den EU-Institutionen.....	2
Rat der EU: Schlussfolgerungen zur Bekämpfung jeglicher Gewalt gegen Frauen und Mädchen.....	2
EU-Kommission lehnt Bürgerinitiative „Einer von uns“ ab	2
Besserer Schutz von Kindern in Strafverfahren	2
Verteilung der EU-Mittel für Schulobstprogramm 2014/2015	3
EuGH-Urteil: Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub ist vererbbar.....	3
EuGH-Urteil über „Arbeitnehmereigenschaft“ einer Frau in der Schwangerschaft.....	3
Länderspezifische Empfehlungen 2014 veröffentlicht	3
Sitzung des Rates für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz.....	4
Stand der Umsetzung für Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit	4
Ausschuss der Regionen (AdR): Konferenz zu Jugendbeschäftigung	4
EU-Kommission veröffentlicht Haushaltsplanentwurf 2015	4
Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit startet öffentliche Konsultation.....	5
Konferenz und Bericht zur frühkindlichen Betreuung und Bildung	5
Schwerpunkte künftiger EU-Ratspräsidentschaft.....	5
Eindeutige EU-Vorschriften für unbegleitete jugendliche Asylsuchende	5
Veranstaltung zu Menschenrechten für ältere Menschen in Europa	6
Neue EU-Verbraucherrichtlinie.....	6
Weitere Nachrichten	6
Europäisches Fachgespräch der AGF zum Thema Familienzeitpolitik	6
Luxemburg erlaubt gleichgeschlechtliche Ehe	6
Internationaler Tag gegen Kinderarbeit.....	6
EU-Agentur für Grundrechte: neues Online Material zur Unterstützung von Kinderrechten	7
Italienische Kinder- und Jugendkonferenz: neue Investitionsmöglichkeiten in Kinder	7
Norwegen will Bettelverbot einführen.....	7
EU-Sozialkommissar László Andor in Berlin.....	7
Berichte und Studien.....	7
UNICEF veröffentlicht Jahresbericht 2014	7
EU-Arbeitslosenrate im April leicht gesunken	8
Schweizer Studie zum Thema Geschlechtergerechtigkeit.....	8
Bericht zur Umsetzung des UN-Abkommens über Behindertenrechte.....	8
EU-Agentur für Grundrechte veröffentlicht Handbücher	8
Zahlen zum Weltflüchtlingstag.....	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	9

Neuigkeiten aus der COFACE

Abschlussveranstaltung Projekt #DeleteCyberbullying und neue App

Die COFACE hat am 11. Juni 2014 ihre Abschlussveranstaltung zum #DeleteCyberbullying Projekt in Kooperation mit dem Northern Ireland Executive Büro durchgeführt. Dabei wurde ein Überblick über den Verlauf und die Erfolge des Projektes gegeben und eine neue App zum Thema Cyberbullying vorgestellt. Darin werden Fragen für Jugendliche, Eltern und Lehrer/innen beantwortet, ein interaktives Quiz durchgeführt und Telefonleitungen und Chatlines für Hilfe angeboten. Die App ist derzeit in Deutschland noch nicht verfügbar.

Neuigkeiten aus den EU-Institutionen

Rat der EU: Schlussfolgerungen zur Bekämpfung jeglicher Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Der Rat der EU verabschiedete am 05. Juni 2014 die Schlussfolgerungen zur Prävention und Bekämpfung aller Formen der Gewalt gegen Frauen und Mädchen, einschließlich der Genitalverstümmelung. Die Mitgliedstaaten und die EU-Kommission werden darin aufgefordert, im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten umfassende Aktionspläne, Programme oder Strategien auszuarbeiten, durchzuführen oder zu verbessern.

- [Schlussfolgerungen des Rates zur Prävention und Bekämpfung aller Formen der Gewalt gegen Frauen und Mädchen, einschließlich der Genitalverstümmelung](#) 

EU-Kommission lehnt Bürgerinitiative „Einer von uns“ ab

Die EU-Kommission hat über die Inhalte der Bürgerinitiative „Einer von uns“ (siehe [Europa News April 2014](#)) entschieden. In einer Mitteilung verkündet die EU-Kommission, die Forschung von menschlichen embryonalen Stammzellen weiter zu finanzieren. Da die Mitgliedstaaten und das EU-Parlament erst kürzlich die EU-Politik in diesem Bereich erörtert und beschlossen hätten, sei der bestehende Rechtsrahmen für die EU-Finanzierungsmaßnahmen in der derzeitigen Form angemessen.

- [Mitteilung der EU-Kommission zur Bürgerinitiative „Einer von uns“](#) 

Besserer Schutz von Kindern in Strafverfahren

Die Justizminister/innen der Mitgliedstaaten haben sich informell auf Maßnahmen geeinigt, die besondere Verfahrensgarantien für Kinder in Strafverfahren gewährleisten sollen. Die EU-Kommission hatte bereits letztes Jahr eine Richtlinie (siehe [Europa News November 2013](#)) vorgelegt, die auf die Festlegung spezifischer Garantien für Kinder abzielt. Zudem hat sie eine aktuelle Studie über die Beteiligung von Kindern an Strafverfahren in allen EU-Mitgliedstaaten veröffentlicht. Diese zeigt einen Überblick über die Systeme in den Mitgliedstaaten und umfasst einen Kurzbericht der EU sowie länderspezifische Berichte zu jedem EU-Mitgliedstaat. Die Studie soll zum Austausch von Beispielen für bewährte Verfahrensweisen zwischen den Mitgliedstaaten beitragen und eine Grundlage für eine faktengestützte Politik im Kontext der kindgerechten Justiz bilden.

- [Studie der EU-Kommission über Beteiligung von Kindern an Strafverfahren in EU28](#) 
- [Kurzbericht der EU und Übersicht über die Situation in den Mitgliedstaaten](#) 

Verteilung der EU-Mittel für Schulobstprogramm 2014/2015

Die EU-Kommission hat den endgültigen Finanzrahmen für das neue Schulobstprogramm (siehe [Europa News Januar 2014](#)) der einzelnen Mitgliedstaaten verkündet. Insgesamt stehen EU-weit 150 Mio. Euro für das Schuljahr 2014/2015 zur Verfügung. Unter den 25 teilnehmenden Staaten erhält nach Italien mit 29,2 Mio. Euro Deutschland mit 22,8 Mio. Euro die zweitgrößte Summe. Alle EU-Staaten haben der Verteilung im Verwaltungsausschuss zugestimmt. Mit dem kostenlosen oder vergünstigten Angebot von Obst sollen Schüler/innen Anregungen für eine gesunde Ernährung bekommen.

EuGH-Urteil: Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub ist vererbbar

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in einem Urteil vom 12. Juni 2014 entschieden, dass der Anspruch von Arbeitnehmer/innen auf einen bezahlten Jahresurlaub im Falle eines Todes weiter bestehen bleibt und vererbt wird. Der Urlaubsanspruch wird in finanzielle Ansprüche umgerechnet und muss den Erben ausbezahlt werden.

- [Urteil des EuGH zum Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub nach Todesfall](#)

EuGH-Urteil über „Arbeitnehmereigenschaft“ einer Frau in der Schwangerschaft

Der EuGH entschied in einem Urteil vom 19. Juni 2014, dass eine Frau, die in einem anderen EU-Staat als ihrem Heimatstaat arbeitet, auch dann weiterhin als dem Arbeitsmarkt zugehörig angesehen werden muss, wenn sie aufgrund körperlicher Belastung im Spätstadium ihrer Schwangerschaft und nach der Geburt des Kindes ihre Erwerbstätigkeit beenden muss. Voraussetzung dafür ist, dass sie innerhalb eines angemessenen Zeitraums nach der Geburt des Kindes ihre Beschäftigung wieder aufnimmt oder eine andere Beschäftigung findet. Im vorliegenden Fall hatte eine Französin in Großbritannien aufgrund ihrer Schwangerschaft ihre Arbeit aufgegeben und drei Monate nach der Geburt des Kindes wieder aufgenommen. Das in Großbritannien geltende Anrecht auf eine Einkommensbeihilfe von bedürftigen Schwangeren oder Wöchnerinnen wurde ihr verwehrt. Der EuGH entschied, dass die EU-Freizügigkeit auch in diesem Fall gilt und ein Anspruch besteht, da sie ihre „Arbeitnehmereigenschaft“ im Sinne des EU-Rechts behält und damit weiterhin im britischen Arbeitsmarkt eingegliedert ist.

- [Urteil des EuGH über "Arbeitnehmereigenschaft" einer Frau in der Schwangerschaft](#)

Länderspezifische Empfehlungen 2014 veröffentlicht

Die EU-Kommission hat am 02. Juni 2014 im Rahmen des Europäischen Semesters eine Reihe von länderspezifischen Empfehlungen für die Mitgliedstaaten vorgelegt. Sie basieren auf der Bewertung der im letzten Jahr angenommenen Empfehlungen sowie auf der Analyse der von den einzelnen EU-Staaten eingereichten Nationalen Reformprogramme (NRP) und Stabilitäts- und Konvergenzprogramme. Die Empfehlungen haben neben der wirtschaftlichen Erholung auch die Verbesserung von nachhaltigem Wachstum und Beschäftigung zum Ziel. Für Deutschland empfiehlt die EU-Kommission unter anderem mehr und effizientere öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Gesundheitswesen und Forschung sowie die Verfügbarkeit ganztägiger frühkindlicher Bildung und Betreuung und den Ausbau von Ganztagschulen fortzusetzen und für eine bessere Qualität der Betreuung zu sorgen. Der Europäische Rat hat zur Tagung am 26./27. Juni 2014 die länderspezifischen Empfehlungen „allgemein gebilligt“ und somit das Europäische Semester 2014 abgeschlossen.

- [Länderspezifischen Empfehlungen der EU-Kommission und damit verbundene Dokumente](#) 

Sitzung des Rates für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz

Die zuständigen Minister/innen für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz trafen sich am 19./20. Juni 2014 zur regulären Sitzung, letztmalig unter griechischem Vorsitz. Diskutiert wurde über die länderspezifischen Empfehlungen sowie die soziale Dimension der EU. Detailliert ging es um Fragen von lang- und kurzfristigen Reformen, die Einbeziehung von Sozial- und Beschäftigungspolitiken in die wirtschaftspolitische Überwachung, die Jugendgarantie und Mindesteinkommen. Des Weiteren wurden Schlussfolgerungen zum Thema: Frauen und Wirtschaft - ökonomische Unabhängigkeit aus der Perspektive von Teilzeit und selbstständiger Tätigkeit verabschiedet. Die EU-Minister/innen haben Zwischenberichte zu den Themen Schwarzarbeit, EURES-Netzwerk, Frauen in Unternehmensvorständen und die Gleichbehandlungsrichtlinie zur Kenntnis genommen. Weitere Schlussfolgerungen wurden im Bereich des Gesundheitswesens der Problematik Ernährung und Bewegung gewidmet, in denen auf die besorgniserregende Anzahl übergewichtiger Menschen in der EU, die negativen Konsequenzen für die Gesundheit und die Folgekosten hingewiesen wurde. In den Mitgliedstaaten sollen u.a. Aktionspläne für gesunde Ernährung verabschiedet und die an Kinder gerichtete Werbung eingeschränkt werden.

Stand der Umsetzung für Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit

Am 02. Juni 2014 hat die EU-Kommission einen Zwischenbericht zur Umsetzung der Jugendgarantie veröffentlicht. Inzwischen wurden die Umsetzungspläne aller 28 Mitgliedsstaaten vorgelegt und die ersten Schritte zur Einrichtung nationaler Programme unternommen. Am 03. Juni 2014 wurde das nationale operationelle Programm Frankreichs für die Umsetzung der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen als erste Maßnahme durch die EU-Kommission angenommen.

Am 30. Juli 2014 trafen sich Staatssekretär Jörg Asmussen (Bundesministerium für Arbeit und Soziales), Direktor für Beschäftigungspolitik Detlef Eckert (EU-Kommission) und weitere Vertreter/innen der Arbeitsministerien in Italien und Griechenland in der Vertretung der EU-Kommission in Berlin, um über Bilanz und Herausforderungen der Europäischen Jugendgarantie zu diskutieren. Der vorgestellte Quartalsbericht über Beschäftigungssituation und soziale Lage zeigt, dass sich der Arbeitsmarkt in der EU schrittweise erholt, für junge Menschen unter 25 Jahren aber weiterhin schwierig bleibt. Vom Beschäftigungswachstum konnten bisher in erster Linie ältere Arbeitnehmer/innen profitieren.

- [Beschäftigung von Jugendlichen: Übersicht der EU-Maßnahmen](#)
- [Quartalsbericht der EU-Kommission über Beschäftigungssituation und soziale Lage](#)

Ausschuss der Regionen (AdR): Konferenz zu Jugendbeschäftigung

Am 12./13. Juni 2014 veranstaltete der AdR in Zusammenarbeit mit der Region Kleinpolen in Krakau eine Konferenz zu Jugendbeschäftigung. Lokal- und Regionalpolitiker/innen aus ganz Europa beschäftigten sich mit der Thematik der hohen Jugendarbeitslosigkeitsquote, der Umsetzung der Schul- und Berufsbildungsprogramme in den Städten und Gemeinden sowie der EU-Mittel für die Zukunftsperspektiven junger Menschen. Es wurde hervorgehoben, dass die Jugendarbeitslosigkeit ein gemeinsames Problem sei, das eine gemeinsame Lösung aller Beteiligten (Regierung, Unternehmen, Gesellschaft) erfordert.

EU-Kommission veröffentlicht Haushaltsplanentwurf 2015

Die EU-Kommission hat den Haushaltsplanentwurf für 2015 beschlossen. Schwerpunkte liegen auf Programmen zur Forschung, zur Beschäftigungspolitik für junge Menschen und zur Verbesserung der Infrastruktur. Auch die Bereiche Migration, Gesundheit- und Verbraucherschutz sollen 2015 finanziell mehr

unterstützt werden als im Vorjahr. Das Hauptaugenmerk künftiger Förderschwerpunkte liegt auf Forschung, Innovation und der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Das gestiegene Budget für 2015 soll voraussichtlich von der Inflation ausgeglichen werden.

Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit startet öffentliche Konsultation

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat eine öffentliche Konsultation zu dem Entwurf der wissenschaftlichen Stellungnahme zu Referenzwerten für Zink gestartet. Insbesondere werden darin Referenzwerte für die Nährstoffzufuhr an Zink für Erwachsene, Babys, Kinder, schwangere und stillende Frauen vorgeschlagen. Interessenten werden eingeladen, schriftliche Anmerkungen bis zum 08. Juli 2014 vorzulegen.

- [Öffentliche Konsultation zum Entwurf der Stellungnahme zu Referenzwerten für Zink](#)

Konferenz und Bericht zur frühkindlichen Betreuung und Bildung

Am 19./20. Juni 2014 haben die griechische Ratspräsidentschaft in Kooperation mit der Generaldirektion für Bildung und Kultur der EU-Kommission eine Konferenz zur frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung (FBBE) veranstaltet. Hier haben Entscheidungsträger/innen, Interessengruppen wie z. B. Eurochild und die Europäische Elternvereinigung (EPA) sowie weitere internationale Organisationen europäische Strategien zur frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung erörtert. Dabei wurde ein Bericht von Eurydice und Eurostat über FBBE in der EU veröffentlicht. Dieser zeigt, dass das Angebot an hochwertiger frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung in vielen Staaten durch verschiedene Faktoren beeinträchtigt wird. Dazu zählen z.B. fehlende Finanzmittel, Personalmangel und fehlende pädagogische Leitlinien für Lehrkräfte. Neben diesem Bericht hat auch die EU-Plattform für die Investition in Kinder (EPIC) mehrere Kurzdossiers über die Auswirkungen frühkindlicher Bildungs-, Betreuungs- sowie Kindererziehungsprogramme veröffentlicht.

- [Bericht über frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung in der EU](#)  
- [Kurzdossiers der EPIC zum Thema Bildung](#)

Schwerpunkte künftiger EU-Ratspräsidentschaft

Am 17. Juni 2014 präsentierte die zukünftige Trio-Präsidentschaft Italien, Lettland und Luxemburg das sogenannte gemeinsame 18-Monatsprogramm. Das Programm beinhaltet die Schlüsselziele, auf deren Basis sich dann die EU-Agenda orientieren wird. Die Schwerpunkte der künftigen EU-Ratspräsidentschaft liegen unter anderem auf einer neuen europäischen Agenda für Bildung, dem Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit mit einem Fokus auf Jugendförderung und Beschäftigungsfähigkeit sowie einer gemeinsamen Migrationspolitik und einer besser koordinierten Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik.

- [18-Monatsprogramm der künftigen EU-Ratspräsidentschaften](#)  

Eindeutige EU-Vorschriften für unbegleitete jugendliche Asylsuchende

Die EU-Kommission hat aufgrund eines EuGH-Urteils eindeutige Vorschriften für jugendliche Asylsuchende in der EU vorgeschlagen. Künftig soll es klare Vorschriften geben, welcher Mitgliedstaat für die Bearbeitung der Asylanträge von unbegleiteten Jugendlichen zuständig ist. Damit soll insbesondere die Lage jener um internationalen Schutz nachsuchenden Minderjährigen verbessert werden, die keine Familienangehörigen oder sonstige Verwandten in der EU haben.

Veranstaltung zu Menschenrechten für ältere Menschen in Europa

Die AGE-Plattform Europe hat in Kooperation mit der EU-Kommission und dem Rat der EU eine Veranstaltung über „Menschenrechte für ältere Menschen in Europa – wen interessiert das?“ am 23. Juni 2014 in Brüssel veranstaltet. Die Veranstaltung beinhaltete die Ziele des „World Elder Abuse Awareness Day“, der jährlich am 15. Juni begangen wird und sich weltweit auf die Probleme des physischen, emotionalen und finanziellen Missbrauchs von älteren Menschen konzentriert. Diskutiert wurden zwei Initiativen: die Annahme der "Empfehlungen zur Förderung der Menschenrechte älterer Menschen" durch das Ministerkomitee des Europarates und der bevorstehende Bericht des Ausschusses für Sozialschutz über die Langzeitpflege.

- [Empfehlungen zur Förderung der Menschenrechte älterer Menschen](#) 
- [Bericht des Ausschusses für Sozialschutz über Langzeitpflege](#) 

Neue EU-Verbraucherrichtlinie

Ab dem 13. Juni 2014 gilt die neue EU-Verbraucherrichtlinie in allen Mitgliedstaaten. Sie stärkt die Verbraucher/innen indem sie ihnen überall in der EU die gleichen Rechte einräumt und die richtige Balance zwischen Verbraucherschutz und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen findet.

- [Informationsblatt zur neuen EU-Verbraucherrichtlinie](#) 

Weitere Nachrichten

Europäisches Fachgespräch der AGF zum Thema Familienzeitpolitik

Die AGF hat am 17. Juni 2014 in Berlin ein europäisches Fachgespräch zum Thema „Zeit für Familien!? Familienzeitpolitik als Politikfeld im europäischen Vergleich“ veranstaltet. Expert/innen aus EU-Staaten erörterten das Thema „Familienzeit“ als eigenständiges Politikfeld. Anhand der Beispiele Deutschland, den Beneluxstaaten sowie den nordischen Staaten wurden die entsprechenden Ansätze diskutiert. Zudem wurde ein intensiver Blick auf einen europäischen Vergleich zu den unterschiedlichen Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geworfen.

- [Informationen, Fotos, Präsentationen und Dokumentation \(in Kürze\) zum Fachgespräch](#)

Luxemburg erlaubt gleichgeschlechtliche Ehe

Das luxemburgische Parlament hat am 18. Juni 2014 mit großer Mehrheit ein Gesetz zur Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe verabschiedet. Zusätzlich wurde auch das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare angenommen. Das Gesetz, das mit 56 gegen 4 Stimmen von der Abgeordnetenversammlung gebilligt wurde, soll voraussichtlich Anfang 2015 in Kraft treten.

Internationaler Tag gegen Kinderarbeit

Der internationale Tag gegen Kinderarbeit wird jährlich am 12. Juni begangen. Er wurde im Jahr 2002 durch die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) eingeführt, um ein kritisches Bewusstsein für die weltweite Ausbeutung von Kindern zu schaffen. Die ILO hat zudem einen „Weltsozialschutzbericht 2014/15“ veröffentlicht, der aufzeigt, dass viele Kinder die ihnen zustehenden Leistungen nicht erhalten, um ihre Potentiale zu entwickeln. Dies gefährdet die Rechte der Kinder und ihre Zukunft, einschließlich des Rechts vor Kinderarbeit geschützt zu werden.

- [Ergebnisse des „Weltsozialschutzbericht 2014/15“ der Internationalen Arbeitsorganisation](#) 

EU-Agentur für Grundrechte: neues Online Material zur Unterstützung von Kinderrechten

Die EU-Agentur für Grundrechte (FRA) hat neues Online-Material zur Unterstützung von Kinderrechten entwickelt. Dazu gehört ein Video mit Informationen über das FRA-Projekt „Kinder mit Behinderungen: zielgerichtete Gewalt und Feindseligkeit“, eine Studie mit Beispielen, wie einige Mitgliedstaaten mit dem Thema Kinderrechten umgehen sowie eine Broschüre, die die Schlüsselemente der kinderrechtlichen Justiz für Kinder verständlich wieder gibt.

- [Webseite der FRA mit neuem Online-Material zur Unterstützung von Kinderrechten](#) 

Italienische Kinder- und Jugendkonferenz: neue Investitionsmöglichkeiten in Kinder

Am 27. /28. März 2014 hat das italienische Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik eine Nationale Kinder- und Jugendkonferenz ausgerichtet. Im Rahmen der Konferenz organisierte das Europäische Institut für öffentliche Verwaltung (EIPA) ein spezielles Seminar zu den Empfehlungen der EU-Kommission: Investitionen in Kinder. Die Konferenz wurde von mehr als 800 Delegierten besucht. Im Rahmen der Konferenz wurde ein neuer Nationalplan zum Thema Kindheit vorgestellt.

Norwegen will Bettelverbot einführen

Das norwegische Parlament berät über einen Gesetzentwurf, der das Betteln ab 2015 landesweit verbieten soll. Ab dem 01. Juli 2014 sollen Städte und Gemeinden bereits eigenständig darüber entscheiden dürfen. Bei Zuwiderhandlung sollen Geldbußen und bis zu drei Monate Gefängnis drohen.

EU-Sozialkommissar László Andor in Berlin

EU-Sozialkommissar László Andor forderte am 13. Juni 2014 in Berlin, die soziale Dimensionen in der EU zu stärken und den sozialen Folgen der Wirtschaftskrise schnell und entschlossen entgegen zu wirken. Oberste Priorität sei die Sicherstellung des EU-Sozialmodells und der EU-Wachstumsstrategie 2020, welche der Förderung der Beschäftigung und Wachstums dient.

- [Vollständige Rede von EU-Sozialkommissar László Andor](#) 

Berichte und Studien

UNICEF veröffentlicht Jahresbericht 2014

UNICEF hat ihren Jahresbericht 2014 mit dem Motto „Jedes Kind hat Rechte“ veröffentlicht. Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der UN-Kinderrechtskonvention im November ruft UNICEF zum verstärkten Einsatz für die universelle Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte des Kindes auf. Der Bericht fasst die Ergebnisse von 25 Jahren Kinderrechtskonvention zusammen. Weltweit konnten die Kindersterblichkeit halbiert und der Anteil arbeitender Kinder um ein Drittel reduziert werden. Doch arme Kinder seien oftmals weiterhin von sozialen und medizinischen Fortschritten ausgeschlossen. Zudem müsse die Prävention von Gewalt und Hilfen für benachteiligte Kinder weiter verbessert werden.

- [Zusammenfassung UNICEF-Bericht 2014 „Jedes Kind hat Rechte“](#) 

EU-Arbeitslosenrate im April leicht gesunken

Eurostat, das Amt für Statistik der EU, hat die aktuellen Arbeitslosenzahlen für den Monat April 2014 in Europa vorgestellt. Demnach ist die Arbeitslosenzahl in Europa im April 2014 geringer als im Vergleichsmonat 2013. Die niedrigsten Quoten verzeichnen Österreich (4,9 Prozent) und Deutschland (5,2 Prozent). Ebenfalls ging die EU-Jugendarbeitslosigkeit von 23,6 Prozent auf 22,5 Prozent leicht zurück. In Deutschland stieg die Rate der Jugendarbeitslosigkeit von 7,7 Prozent auf 7,9 Prozent an, weist damit trotzdem EU-weit die niedrigste Rate auf.

- [Pressemitteilung von Eurostat zu den Arbeitslosenzahlen in Europa im April 2014](#)

Schweizer Studie zum Thema Geschlechtergerechtigkeit

Forscher/innen aus der Schweiz haben eine empirische Studie zu „Social Attitudes on Gender Equality and Firms’ Discriminatory Pay-Setting“ veröffentlicht. Diese zeigt unter anderem, dass die gesellschaftliche Einstellung zur Gleichstellung von Mann und Frau zum Teil den Verdienstunterschied erklären kann. Je höher die soziale Akzeptanz von Geschlechterungleichheit ist, desto größer fällt der Gender Pay Gap aus.

- [Schweizer Studie: „Social Attitudes on Gender Equality and Firms’ Discriminatory Pay-Setting“](#) 

Bericht zur Umsetzung des UN-Abkommens über Behindertenrechte

Die EU-Kommission hat am 05. Juni 2014 einen ersten Bericht zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen veröffentlicht. Er deckt alle Bereiche des Übereinkommens von Nichtdiskriminierung, über Zugänglichkeit bis zu internationaler Zusammenarbeit ab und umfasst zahlreiche Politikfelder. Von den 28 Mitgliedstaaten, die das Übereinkommen unterzeichneten, haben es bislang 25 ratifiziert. Die UN-Konvention soll gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen ihre Menschenrechte und Grundfreiheiten uneingeschränkt wahrnehmen können. Dies betrifft unter anderem Zugang zu Bildung, Beschäftigung, Verkehr, öffentlichen Infrastrukturen und Gebäuden sowie das Wahlrecht und die Rechts- und Geschäftsfähigkeit.

- [Bericht der EU-Kommission zur Umsetzung des UN-Abkommens über Behindertenrechte](#)  

EU-Agentur für Grundrechte veröffentlicht Handbücher

Im Rahmen der EU-Strategie zur Beseitigung des Menschenhandels, die die maßgebliche Rolle von Vormündern für den Schutz von Kindern anerkennt, hat die EU-Agentur für Grundrechte (FRA) ein Handbuch über die Vormundschaft von Kindern ohne elterliche Fürsorge veröffentlicht. Es soll zur Stärkung von Vormundschaftsregelungen im Hinblick auf die besonderen Bedürfnisse von Kindern, die Opfer von Menschenhandel sind, dienen. Zudem hat die FRA gemeinsam mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) eine aktualisierte Fassung ihres Handbuchs zum europäischen Recht im Zusammenhang mit Asyl, Grenzen und Einwanderung veröffentlicht. Diese bringt das Material des im vergangenen Jahr veröffentlichten Handbuchs auf den neuesten Stand und ist in zwei weiteren Sprachen erhältlich (u.a. in Deutsch).

- [FRA Handbuch über Vormundschaft von Kindern ohne elterliche Fürsorge](#) 
- [FRA /EGMR Handbuch EU-Recht – Asyl, Grenzen und Einwanderung](#)

Zahlen zum Weltflüchtlingstag

Das UN-Flüchtlingswerk UNHCR hat anlässlich des Weltflüchtlingstags am 20. Juni einen Jahresbericht veröffentlicht. Dieser zeigt, dass Ende 2013 über 51,2 Mio. Menschen, darunter auch Familien mit Kindern,

auf der Flucht waren. Das sind sechs Millionen mehr als 2012. Zudem hat Eurostat die Zahlen der Asylentscheidungen in der EU28 im Jahr 2013 veröffentlicht. Demnach erkannten die EU-Mitgliedstaaten im letzten Jahr 135.700 Asylbewerber/innen als schutzberechtigt an. Das sind 19.500 mehr Menschen als 2012.

- [Ergebnisse im Jahresbericht des UN-Flüchtlingswerks UNHCR](#)  

Bevorstehende Veranstaltungen

- Public Policy Exchange: ["Potenzial von Migranten in Europa erschließen: Von der Isolation zur Integration auf allen Ebenen"](#) (02. Juli 2014, Brüssel)
- OECD: ["The Other Population Crisis: What Governments Can Do About Falling Birth Rates."](#) (03. Juli 2014, Paris)
- European Social Network, Italianischer Präsidentschaft: ["Investing in people and communities - Social inclusion and social development"](#) (07. bis 09. Juli 2014, Rom)
- The European Women's Lobby: ["No more Excuses: Gender Equality after the EU Elections – What's next?"](#) (09. Juli 2014, Brüssel)
- Danish National Centre for Social Research: ["European Scientific Association for Residential and Foster Care for Children and Adolescents Conference"](#) (03. /04. September 2014, Copenhagen)
- COFACE: ["The European Employers' Forum for work-life balance"](#) (08. /09. September 2014 Helsinki)
- European Children's Rights Unit, Department of Politics and International Relations, Eurochild: ["Protecting children as consumers: European perspectives"](#) (15. September 2014, Brüssel)
- EU-Kommission: ["Labour economics after the crisis: what theoretical lessons to draw from policy experience?"](#) (18. /19. September 2014, Brüssel)
- EU-Kommission, EU-Rat: ["Roma inclusion on the ground - The ROMACT experience"](#) (02. /03. Oktober 2014, Brüssel)
- AdR: ["Growing together – Smart investment for people"](#) (06. bis 09. Oktober 2014, Brüssel)
- European Foundation Initiative on Family Farming: ["The Role of Foundations in Supporting Family/Smallholder Farming"](#) (27. Oktober 2014, Brüssel)
- European Children's Rights Unit, Department of Politics and International Relations, Eurochild: ["Children's rights and the global economic crisis"](#) (03. November 2014, Brüssel)
- Eurochild: ["Better Public Spending for Better Outcomes for Children & Families"](#) (26. bis 28. November 2014, Bucharest)

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).